

UNITED FOR A JUST FUTURE

IndustriALL Global Union 3rd Congress
14-15 September 2021

Dringlichkeitsentschließung zu Indonesien

„Solidariät mit indonesischen Mitgliedsorganisationen gegen repressive Arbeitsgesetze“

Das Omnibusgesetz ist sehr gefährlich für die Zukunft der indonesischen Beschäftigten und ihrer Familien, einschließlich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metallindustrie. In Indonesien wird 56,4 Millionen formellen Beschäftigte (zusammen mit ihren Familien etwa 80 Millionen Menschen) menschenwürdige Arbeit und angemessener Wohlstand verweigert werden.

Wenn es der indonesischen Regierung und den indonesischen Arbeitgebern gelingt, das Omnibusgesetz umzusetzen, wird sich dies mit Sicherheit negativ auf Hunderte von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Entwicklungsländern auswirken, da deren Regierungen die in Indonesien erfolgreich umgesetzte Praxis des Omnibusgesetzes nachahmen werden.

Die wichtigsten Punkte in diesem Gesetz, die abgelehnt werden müssen, sind:

1. Abschaffung des branchenspezifischen (UMSK) und des regionalen Mindestlohns (UMK)
2. Übermäßige Nutzung und Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen, insbesondere Outsourcing, auf Lebenszeit ohne Zukunft
3. Signifikante Änderungen bei befristeten Arbeitsverträgen, Outsourcing, Arbeitszeiten und Kündigungsverfahren
4. Kürzung des Nominalwerts der Abfindung
5. Entlassungen werden erleichtert, da keine Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erforderlich sind.
6. Arbeitnehmerinnen erhalten keinen bezahlten Urlaub oder Mutterschaftsurlaub.
7. Die Arbeitszeiten sind ausbeuterisch, d.h. die Unternehmensleitung regelt sie einseitig und ohne Verhandlungen.
8. Niedrige Löhne bei Bezahlung nach Stundenlohn, die Stundenlöhne werden nur noch 60-70% des Mindestlohns. Betragen

Daher rufen IndustriALL Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen in der ganzen Welt dazu auf:

- Eine internationale Kampagne zu unterstützen und Protestbriefe an den PRÄSIDENTEN, MK, DPR RI und die indonesischen Botschaften (KBRI) in aller Welt zu schicken, um die Aufhebung des Omnibus-Gesetzes Nr. 11/2020 zu fordern.
- eine internationale Kampagne in den sozialen Medien durchzuführen und die Aufhebung des Omnibus-Gesetzes zu fordern.
- gemeinsam mit der FSPMI und allen anderen indonesischen Mitgliedsorganisationen verschiedene Wege und Strategien zur Aufhebung des Omnibus-Gesetzes finden.

